



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri



Interpellation: Schutz und Prävention für die Urner LGBTIQ+ Community

Herr Präsident
Geschätzte Damen und Herren

Diese Interpellation befasst sich mit Themen von LGBTIQ+ Menschen. LGBTIQ+ ist eine Abkürzung der englischen Wörter Lesbian, Gay, Bisexuell, Transgender, Intersexuell, Queer. Und + bedeutet, dass es noch viel mehr Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten gibt. Diese Menschen sehen sich viel öfter als der Durchschnitt mit Diskriminierung und Gewalt konfrontiert. Bspw. hat jede dritte LGBTIQ+ Person schon Gewalt erlebt¹. Dies sind mitunter Gründe für einen schlechteren Zustand der psychischen Gesundheit und auch ein höheres Suizidrisiko. Für mich ein Grund die Situation im Kanton Uri zu beleuchten. Damit ich nicht ins Blaue hinaus Fragen stelle, habe ich bei einigen LGBTIQ+s im Kanton Uri nachgefragt, was ihre wichtigsten Anliegen sind. So sind insgesamt 14 Fragen in den Bereichen Bildung/Schule, Gewalt im öffentlichen Raum, psychische und physische Gesundheit und Politik zusammengekommen. Bevor ich jedoch zu den Fragen komme, ist mir wichtig aufzuzeigen, warum sich Regierung, Verwaltung und auch dieser Rat mit diesen Themen befassen sollten.

Die Schweizer Bundesverfassung beschreibt im Abschnitt «Grundrechte» in Artikel 8 die Rechtsgleichheit. Im Wortlaut:
«Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.» In Artikel 35 beschreibt sie: «Wer staatliche Aufgaben wahrnimmt ist an die Grundrechte gebunden und verpflichtet, zu ihrer Verwirklichung beizutragen.»

¹ <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/dok/2024/neue-studie-zeigt-ausmass-der-diskriminierung-von-lgbtqi-und-was-wir-dagegen-tun-koennen>

Deshalb bitte ich gemeinsam mit meinen Mitunterzeichner*innen den Regierungsrat, gestützt auf Artikel 127 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrates, folgende Fragen zu beantworten:

Bereich Bildung und Schule:

1. Wie wird sichergestellt, dass LGBTIQ+ - Lebensrealitäten im Schulalltag (Volksschule und Sek II) altersgerecht und diskriminierungsfrei behandelt werden?
2. Werden Lehrkräfte in der Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet, respektvoll und kompetent mit LGBTIQ+ - Themen umzugehen und wie geschieht dies?
3. Wie werden LGBTIQ+ - Jugendliche in den Schulen (Volksschule und Sek II) vor Diskriminierungen geschützt?
4. Wie wird sichergestellt, dass LGBTIQ+-feindliche und diskriminierende Einstellungen bei Lehrkräften erkannt und adressiert werden?
5. Wie geht man an den Schulen mit LGBTIQ+-feindlichem Verhalten durch Schüler*innen, Lernende, Lehrpersonen und Eltern um?
6. Werden Diskriminierungserfahrungen und das Wohlbefinden von LGBTIQ+ - Jugendlichen systematisch erhoben?

Bereiche Gewalt im öffentlichen Raum:

7. Wie wird LGBTIQ+-feindliche Gewalt im Kanton erfasst? Gibt es Statistiken zu homo-, bi-, trans- oder interfeindlichen Übergriffen und werden diese Kategorien in den Polizeistatistiken ausgewiesen?
8. Wie ist das Urner Polizeipersonal für den diskriminierungsfreien Umgang mit LGBTIQ+-Feindlichkeit sensibilisiert und ausgebildet?
9. Welche Massnahmen werden zur Prävention gegen Gewalt an queeren Menschen, im öffentlichen Raum, umgesetzt?

Bereich psychische und physische Gesundheit:

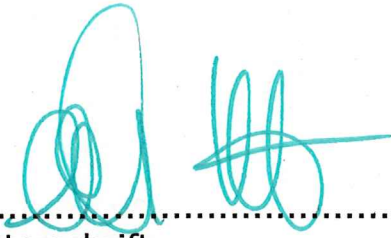
10. Welche niederschweligen Beratungsstellen und psychologischen Hilfen stehen Betroffenen von LGBTIQ+-feindlicher Gewalt zur Verfügung?
11. Welche Massnahmen zur Früherkennung psychischer Belastung bei LGBTIQ+-Jugendlichen gibt es?
12. Wie wird sichergestellt, dass Fachpersonen im Bereich psychische und physische Gesundheit im Umgang mit LGBTIQ+-Klient*innen geschult sind?
13. Werden Peer-Angebote als Teil der psychosozialen Versorgung staatlich unterstützt?

An den Regierungsrat:

14. Erkennt der Regierungsrat LGBTIQ+ Jugendliche und Erwachsene als schutzbedürftige Gruppe an?

Altdorf, 27. August 2025

Erstunterzeichner*in
Eveline Lüönd
Landrätin GRÜNE



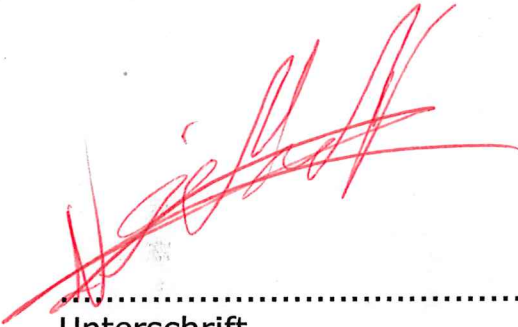
.....
Unterschrift

Zweitunterzeichner*in
Miriam Christen-Zarri
Landrätin FDP



.....
Unterschrift

Zweitunterzeichner*in
Nino Arnold
Landrat SP



.....
Unterschrift